

06.06.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowie ein echtes Solidarticket

I. Ausgangslage

Seit dem 1. Mai gilt in Deutschland das lang ersehnte 49 € Ticket. Das neue Ticket, auch Deutschland-Ticket genannt, ist Nachfolger des 9 € Tickets, das es im vergangenen Sommer im Rahmen eines Entlastungspakets der Bundesregierung gab. Mit dem Deutschlandticket kann der gesamte öffentliche Personennahverkehr in Deutschland einen Monat lang genutzt werden.

Während das neue Ticket für alle Erwerbstätigen, die öffentliche Mobilitätsangebote nutzen, eine erhebliche finanzielle Entlastung darstellt, ist es jedoch nicht für alle Menschen bezahlbar und verstärkt somit die Ungleichheit in der Gesellschaft. So trifft die Explosion der allgemeinen Lebenshaltungskosten vor allem die Bevölkerungsgruppen mit geringen Einkommen, insbesondere junge Menschen und Familien mit Kindern, besonders hart.

Während der Verhandlungen zur Einführung des Deutschland-Tickets, hatten sich die Bundesländer Hessen, Bremen, Berlin, Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg für die Einführung eines ergänzenden verbilligten Tickets für Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen eingesetzt. Dies kam letztlich im Rahmen der Einigung von Bund und Ländern bezüglich des Deutschland-Tickets nicht zustande. Dennoch ist die Diskussion hierzu nicht beendet, denn auch gegenwärtig wird in Berlin mit Bundesverkehrsminister Volker Wissing darüber verhandelt, welche Ergänzung es zum Deutschland-Ticket, beispielsweise für Schülerinnen und Schüler, geben kann.

Auch die Vorschläge des NRW-Verkehrsministers, der diese statt im zuständigen Ausschuss oder Parlament auf dem Parteitag von Bündnis 90/ Die Grünen vorstellte, sind für finanziell schwach aufgestellte Bürger und Bürgerinnen nicht finanzierbar und leisten damit keinen Beitrag zur sozialen Teilhabe. 29 € für Schülerinnen und Schüler und 39 € als Sozialticket sind keine Lösung für einen Großteil der Betroffenen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Eine umfassende und nachhaltige Verkehrswende kann nur gelingen, wenn der Öffentliche Personen(nah)verkehr deutlich gestärkt und ausgebaut wird. Hierbei kann es nur eine Verkehrswende für alle Menschen geben. Ihre Ausgestaltung ist sozial verträglich zu gestalten. Wichtige Zielgruppen dieses Prozesses sind die Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Empfänger und Empfängerinnen von Sozialleistungen, sowie Studierende des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Geringe oder fehlende Einkünfte dürfen keine Einschränkungen für eigene Mobilität bedeuten, da diese einen wichtigen Einfluss auf die soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe an der Gesellschaft hat.
- Dabei müssen bisher zur Verfügung stehende Mittel, insbesondere die Schülerfahrtpauschale des Landes vollständig genutzt werden, um Einnahmeausfälle der Verkehrsverbände zu kompensieren. Die Finanzierung der kostenfreien ÖPNV-Nutzung durch Schülerinnen und Schüler darf nicht zu Lasten der Kommunen gehen.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- mit dem Bundesverkehrsminister unverzüglich in Gespräche einzutreten, um die Versorgung von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren mit kostenfreien Deutschland-Tickets zu ermöglichen.
- sich in Gesprächen mit dem Bundesverkehrsminister und den anderen Bundesländern dafür einzusetzen, dass für Studierende eine bundesweite Lösung gefunden wird, um das bewährte Solidarmodell auf die neuen Begebenheiten anzupassen und so eine stark vergünstigte bundesweite Mobilität für Studierende zu gewährleisten.
- ein Solidarticket für Empfänger und Empfängerinnen von Sozialhilfeleistungen für den Endpreis von 29 € im Monat sowohl in digitaler, als auch analoger Form, bereitzustellen. Vorhandene Mobilitätzuschüsse dürfen jedoch nicht wegfallen.
- dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen als Träger des öffentlichen Personennahverkehrs sowie als Schulträger langfristige Planungssicherheit erhalten und eine Finanzierung nicht zu Lasten der Kommunen geht.

ergänzend

- unverzüglich mit den Verkehrsverbänden und den Schulträgern des Landes Nordrhein-Westfalen folgende Ziele zu verwirklichen:
 - Um Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, und ihre Familien, finanziell zu entlasten, wird die Nutzung des ÖPNV für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre kostenfrei. Das Land Nordrhein-Westfalen soll daher die flächendeckende Einführung kostenfreier Deutschland-Tickets in Verhandlungen mit den Verkehrsverbänden des Landes realisieren.
 - Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, sollen bis zur Beendigung der Ausbildung ein vergünstigtes Solidarticket für den Endpreis von 29 € erhalten können.

Jochen Ott
Sarah Philipp
Alexander Vogt
Gordan Dudas

und Fraktion